

I. Über die BIBS

Bürgerinitiativen entstehen in mehr oder weniger großem Umfang, wenn es „knackt im Getriebe“ eines Gemeinwesens, d.h. wenn Bürger ihre Anliegen nicht sachgerecht vertreten bzw. sich nicht gehört und/oder sich von autoritären Strukturen übergangen bzw. gegängelt fühlen. Im Unterschied zu Parteien sind Bürgerinitiativen projektbezogen, getragen von temporärem Engagement und integrieren oft viele soziale Schichten und politische Richtungen. So auch die Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS): Die BIBS ist keine Partei und hat im Unterschied zu diesen keine hierarchischen Strukturen, sofern sie uns nicht von außen vorgegeben werden (z.B. als Fraktion). Bei der BIBS kann man kein Mitglied werden und muss folglich auch keine Beiträge bezahlen. Die BIBS ist strikt lokal fokussiert (Stadtgebiet Braunschweig), d.h. es gibt keine übergeordneten Strukturen oder Gremien, die bei Entscheidungen oder Initiativen zu berücksichtigen sind. Folglich kann man in der BIBS auch keine Karriere machen. Dies verhindert das Entstehen verkrusteter Strukturen. Bei der BIBS profitiert niemand weder direkt noch indirekt von größeren Aufträgen oder Zuwendungen der Stadt bzw. kommerziell orientierter Unternehmen. Diese Unabhängigkeit schafft Freiräume und ermöglicht es „ohne Ansehen der Person“ Vorgänge in der Stadt kritisch zu begleiten (mehr als manchem lieb ist) und in vielen Fällen den Finger in offene Wunden zu legen, Dinge unverblümter anzusprechen als es andere Gruppierungen tun können. Bei der BIBS bestimmt die Initiative und das Engagement des Einzelnen das Programm. Es gibt kein „es müsste mal dies oder jenes gemacht werden“, sondern wer Veränderungen will, muss selbst Initiative ergreifen. Die BIBS gibt hierbei im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe zur Selbsthilfe. Die Rats- und Bezirksamtsmitglieder, -fraktionen und –gruppierungen der BIBS verstehen sich hierbei als quasi-parlamentarisches Medium, um temporär mit Bürgerinitiativen zusammenzuarbeiten oder Anliegen von Bürgern aufzugreifen und diese in die städtischen Gremien hineinzutragen und zu vertreten, da sich hierdurch erweiterte Möglichkeiten ergeben, Veränderungen zu erreichen als durch ausschließlich außerparlamentarische Arbeit. Diese Funktion erfüllt die BIBS solange, wie es der Wähler für erforderlich hält und sich KandidatInnen aus den Reihen der Bürgerinitiativen zur Verfügung stellen. Die Frage einer Wiederwahl ist daher für die BIBS nicht entscheidend. Auch als zahlenmäßig kleine Gruppierung lassen sich in den Gremien Veränderungen erreichen: Sehr oft ist bei den etablierten Parteien zu beobachten, dass nach anfänglicher Skepsis oder gar Ablehnung ein Denkprozess in Gang gesetzt wird und Vorschläge der BIBS schließlich (oft in veränderter Form) aufgegriffen werden. Dies kann als ermutigendes Beispiel dafür gebracht werden, dass es sich lohnt sich politisch zu engagieren, auch in einer kleineren Gruppierung. Bürgerinitiativen vertreten i.d.R. die weniger etablierten Positionen, oft handelt sich auch um sozial schwächere Gruppen – dies charakterisiert auch die Perspektive der BIBS auf die Stadt, die man als „von unten aus der Mitte“ beschreiben könnte.

II. Wo steht Braunschweig?

Hier werden von offizieller Seite gerne für Braunschweig günstige Städterankings angeführt. Solche Rankings sind zahllos (Eingabe Google 106.000 records), aber meist sehr sektorale Betrachtungen, die einseitig Wirtschaftsfaktoren in den Vordergrund stellen. Umwelt-/Naturschutzaspekte fehlen fast gänzlich, ebenso „weichere“ Kriterien, die man als „Wohlfühlfaktoren“ zusammenfassen könnte. Im umfassenden Ranking des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts landet Braunschweig unter den 30 größten Städten Deutschlands auf Platz 19, also im Mittelfeld, Bonn auf Platz 3 (noch vor Berlin).

Bonn schlägt Braunschweig in allen Indikatoren um Längen. Allerdings einen „Indikator“ hat man nicht berücksichtigt: Braunschweig hat mit Eintracht einen hervorragenden Fußballverein mit hohem emotionalen Bindungsvermögen (dem ich auch selbst erlegen bin) und großem Marketingpotential im Hinblick auf die überregionale Präsenz von Braunschweig. Im Fußball hat Bonn praktisch nichts zu bieten (eher Basketball, Badminton, Ringen, Fechten). Gewonnen hat Braunschweig zweifellos in punkto Lebensqualität: Als ich 1986 aus dem klimatisch leicht submediterran geprägten Bonn hierher kam, gab es kaum Straßencafés, Biergärten o.ä. Alles wirkte irgendwie verschlossen und verbarrikadiert. Dies hat sich grundlegend gewandelt: Braunschweig wirkt wesentlich offener. Straßen und Plätze sind als Lebenraum erobert worden. Allerdings gibt's auch hier noch einiges zu verbessern: Weniger Restriktionen, wenn Bürger die Plätze nutzen wollen. Gerade der große Platz vor dem „Schloss“ wirkt ein wenig steril und schreit nach Belebung. Warum hier keine Flohmärkte, Konzerte, Performances o.ä.? In einem anderen Ranking belegt Braunschweig Platz 1 im Bereich „öffentliche Sicherheit“. Dies ist sicherlich positiv zu vermerken. Ebenso wie vergleichsweise gute Betreuungs-/Hilfs-/Wiedereingliederungsangebote für Obdachlose. Gute Plätze erreichte Braunschweig beim sog. Altersquotienten (es kommen mehr junge Leute in die Stadt); ebenso bei der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, während die Arbeitsplatzversorgung in Braunschweig unterdurchschnittlich ist.

1. Die "Wirtschaftsfreundlichkeit" in BS wurde mit einem hohen Preis erkaufte: Flughafenerweiterung, Schlossattrappe, BraWo-Park

Von Unternehmern wird Braunschweig als „wirtschaftsfreundlich“ betrachtet. Diese Einschätzung scheint im Wesentlichen für größere Unternehmen zuzutreffen, denn in punkto „regionaler Gründungsdynamik“ (Saldo Gewerbean- und abmeldungen) liegt Braunschweig ziemlich weit hinten (Platz 42 von 50). Die an sich erfreuliche Tatsache der „Wirtschaftsfreundlichkeit“ wurde allerdings mit einem hohen Preis erkaufte- Ca. 40 Tausend Bäume eines geschützten Waldes mit bis zu 200 Jahre altem Baumbestand wurden für eine Startbahnverlängerung niedergemacht – die größte Umweltzerstörung in Braunschweig seit dem 2. Weltkrieg. Als es im Rat um ein Nachtflugverbot am „Forschungsflughafen“ ging, wurde deutlich, es geht nur um VW. Kein Forschungsflug brauchte bis dato die verlängerte Landebahn.- Über das Bemühen, eine Schlossattrappe als Einkaufszentrum mit vorgehängter Schlossfassade zu realisieren, kann man geteilter Meinung sein. Nicht akzeptabel aber ist die Verfahrensweise: Abholzen der Schlossparkbäume in Nacht und Nebel mitten in der Brutzeit, versteckt hinter einem Bretterzaun; Umgang mit den Unterschriften von ca. 25 Tausend Bürgern. Respektvoller Umgang mit den Sorgen der Bürger stellt sich anders dar. Bei der Arbeit in den Ratsgremien erkennt man sehr schnell, wenn der kapitalstarke Investor winkt, stehen alle stramm und es wird alles möglich gemacht und Vorschriften sehr großzügig interpretiert. Dabei ist der „dampfwalzenartige Durchmarsch“ oft gar nicht nötig. Jüngstes Beispiel ist eine an sich sehr positive Entwicklung. Für das wenig einladend wirkende Bahnhofsumfeld wurde ein beachtenswertes Planungskonzept entwickelt. Erster Bauabschnitt ist der sog. BraWo-Park auf dem alten Postgelände um die Toblerone herum. Büroräume und ein großes Einkaufszentrum sollen entstehen. So weit so gut. Doch dann wieder das, was man als „Braunschweiger Stil“ bezeichnen könnte: Bei Aufstellung des Bebauungsplanes, also noch bevor den Ratsgremien irgendwelche Pläne vorlagen, wurde darum gebeten für einen Abzweig des Ringgleisradweges und seiner Innenstadtanbindung einen Grünstreifen hinter dem Einkaufszentrum freizuhalten und den Posttunnel als Verbindung zu erhalten, durch den z.B. bei Fußballspielen auch Gästefans abgeleitet werden ohne mit Normalreisenden in Kontakt zu kommen. Antwort der Verwaltung: Dies sei problematisch, weil es bei der Volksbank zu hohen Planungskosten (> 300.000.- Euro) führe, die zu Lasten der Stadt gingen. –

und das, ob-wohl der eigentliche Gremiendurchlauf noch gar nicht begonnen hatte und den Ratsgremien noch keine exakten Planungsunterlagen vorlagen. Was sollen Ratsgremien, die „aus Kostengründen“ keine Änderungen anregen können - nur abnicken? Ferner wurde ein Protokoll einer Bürgerinformationsveranstaltung freundlich gesagt stark „frisirt“. Die Abrissarbeiten wurden schon im Vorfeld so überstürzt und massiv begonnen, dass nicht nur ein Teil des Posttunnels in Mitleidenschaft gezogen wurde, sondern vor allem die im Vorlauf gesetzlich vorgeschriebene naturschutzfachliche Prüfung (Bahn-gelände und Industriebrachen sind Lebensräume z.T. sehr seltener Tier- und Pflanzenarten) nur noch als „Potenzialanalyse“ durchgeführt werden konnte, weil schon alles abgeschoben war. Das geht für mich zu weit – Wirtschaftsförderung ja, aber nicht auf Kosten der Qualität demokratischer Prozesse. Mehr Vertrauen in diese Prozesse ist angesagt.

2. Vertrauen und Glaubwürdigkeit: Rolltreppen im Bohlwegtunnel

Auch auf anderem Gebiet setzt die Braunschweiger Verwaltung ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Beispiel Rolltreppen im Hortentunnel: Angeblich kostet die Sanierung der vier Rolltreppen 1,7 Mio. Euro. Deshalb sollen die Roll-treppen für 180.000.- Euro abgerissen werden; nach langer Diskussion wurde ein Aufzug als Ersatz zugestanden (Kosten ca. 300.000.- Euro). Nach Akteneinsicht liegt der BIBS nun ein verwaltungsinterner Vorschlag vor, demzufolge die Sanierung aller 4 Rolltreppen inkl. bestimmter Schaltrelais bei ca. 140.000.- Euro liegt. Dieser Vorsachlag ist den Ratsgremien vorenthalten worden. Für mich ein Skandal. Zusätzlich hat der Bezirksrat Innenstadt bei einer renommierten Firma einen Kostenvoranschlag für 4 neue Rolltreppen eingeholt. Ergebnis: 4 komplett neue Rolltreppen kosten 571.000.- Euro. D.h. für die Hälfte der von der Verwaltung angegebenen Summe bekommen wir 4 neue Rolltreppen und ei-nen Aufzug. Wo steht also Braunschweig? Vor einem Verlust der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens in die Verwaltung. Hier muss eine völlig neue Philosophie der Transparenz und Offenheit Einzug halten.

3. angebliches "Haushaltswunder"

Braunschweig hat kein Haushaltswunder: Städtisches Vermögen für ca. 750 Mio.€ ist versilbert worden (450 Mio. Versorgungs AG, 250 Mio. Abwasser-Privatisierung, 20 Mio. Stadtreinigung, 20 Mio. Niwo-Wohnungsverkäufe, 10 Mio. Immobilienverkäufe). Was ist daran „bewundernswert“? Wenn ich mein Häuschen verkaufe und zusätzlich noch einen hohen Kredit aufnehme, schwimme ich auch erst einmal in Geld. Wenn dieses erst einmal verbraucht ist und es an die Rückzahlung des Kredites geht, kommt das große Erwachen. So geschehen in Braunschweig. Mehr noch: BS-Energy allein hat der 75%-Eigentümerin Veolia seit 2003 bereits mehr eingebracht, als der Kaufpreis betrug. Der Stadt Braunschweig sind demgegenüber ca. 400 Mio. Euro Gewinne verloren gegangen. 2014, wenn OB Hoffmann in den Ruhestand geht, sind die Gelder aus dem Verkauf des Tafelsilbers aufgebraucht. Zusätzlich muss Braunschweig bis 2025 (!) jährlich ca. 30 Mio Euro für die Schulprivatisierung und den Rückkauf der Abwasserkanäle aufbringen. Rücklagen für den Rückkauf der Versorgungsbetriebe sind darin nicht enthalten. Die Stadt wird an den letzten 13 Jahren noch lange zu knabbern haben. Der Stadt ist ein Bärendienst erwiesen worden. Die Stadt hat ihre finanzielle Handlungsfähigkeit für die nächsten Jahre nahezu verloren. Inzwischen wurde der Privatisierungswahnsinn auch vom Deutschen Städtetag abgewatscht, Beispiel Wasserversorgung: „Die kommunale Wasserwirtschaft ist hierzulande Garant für eine hohe Qualität des Trinkwassers, aber auch für bezahlbare Preise und für nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur. Sie muss unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand bleiben können, wenn Städte und Bürger das wünschen.“ (Pressemitteilung vom 23.4.2013).

4. Integrierte Gesamtschulen

Nach langen Anlaufschwierigkeiten hat Braunschweig nach der Kommunalwahl endlich die 5. IGS auf den Weg gebracht. Allerdings gibt es immer noch viel mehr Anmeldungen als Plätze, so dass wir schon jetzt an die Vorbereitung der 6. IGS denken müssen. Hierbei hilft, dass die neue Landesregierung für eine IGS nur noch 4-zügigkeit statt 5-zügigkeit voraussetzen will.

5. Verbraucherberatung

Nach über 10 Jahren Abstinenz hat Braunschweig endlich wieder eine unabhängige Verbraucherberatung. 2002 waren die jährlich 18 Tausend Euro für die Verbraucherzentrale aus Gründen der „Haushaltskonsolidierung“ gestrichen worden. Ein Sparwahn, der damals sehr stark zu Lasten von Umwelt- und Verbraucherschutzinstitutionen ging. Nun muss Braunschweig bis zu 50 Tausend Euro für die Einrichtung und jährlich bis zu 135 Tausend für die laufenden Kosten entrichten. Gespart wurde also nichts – im Gegenteil.

6. Spaßbad

Mit unendlichen Verzögerungen und Pannen (zuletzt: Eindringen des in der Spaßbad-Umgebung erheblich verseuchten Grundwassers) hat Braunschweig dem Wolfsburger Vorbild „Eventkultur aus der Retorte“ folgend bald ein „Spaßbad“. Nach anfänglich veranschlagten 22 Mio. Euro sind die Kosten letztendlich auf über 35 Mio. Euro gestiegen, also um über 50 Prozent. Danach hat Braunschweig allerdings keine Stadteilbäder mehr, weil diese geschlossen werden sollen. Dagegen regt sich in Vierteln mit hohem Anteil an Bildungsbürgern Protest, zunächst (mit Erfolg) in Waggum, jetzt auch in Gliesmarode. Quartiere mit hohem Anteil an sozial schwächeren, ausländischen und älteren Mitbürgern drohen hinten runter zu fallen (z.B. Nordbadbenutzer). Im Sinne sozialer Gerechtigkeit ist es notwendig, ein neues Bäderkonzept zu erstellen.

III. Was muss in Braunschweig getan werden?

1. Stadtentwicklungsplanung

Braunschweig fehlen in erster Linie längerfristige Entwicklungspläne, in denen festgelegt wird, wo will Braunschweig hin. Hier ist in den vergangenen 13 Jahren, die im Zeichen unseliger Privatisierungen und effekteischender, aber isolierter Großprojekte standen, nichts geschehen. Erst in der neuen Ratsperiode mit den neuen Mehrheiten sind erste Ansätze zu erkennen wie z.B. der Sportentwicklungsplan, der Schulentwicklungsplan und ein Herantasten an einen Kulturentwicklungsplan, dessen Vorgänger aus 2003 nach arbeitsintensivem Input der Kulturschaffenden, sang- und klanglos in der Schublade verschwand. Nach wie vor fehlen ein Stadtentwicklungsplan, ein umfassendes Verkehrskonzept, das vor allem für den öffentlichen Nahverkehr regionale Aspekte in der erforderlichen Weise berücksichtigt und nicht zuletzt eine Biodiversitätsstrategie (die z.B. Hannover schon längst hat), die als ganzheitliches Konzept weit über das Artenschutzkonzept und den Landschaftsrahmenplan, der in Braunschweig (aus 1999) hoffnungslos veraltet ist, hinausgeht.

2. Transparenz

Transparenz im Rathaus und allen relevanten Gremien (Einführung einer Informationsfreiheitssatzung für alle Bürger): Der Bürger als Steuerzahler muss die Möglichkeit

haben sich zeitnah umfassend über die Arbeit der Verwaltung und der Ratsgremien zu informieren. Akteneinsichten müssen nicht nur für Ratsleute, sondern auch für Bürger ohne Begründung möglich sein. Sämtliche sekundären Unterlagen wie Gutachten, Expertisen, Protokolle, Verträge, Ausschreibungen und Pläne müssen im Ratsinformationssystem für jedermann zumindest einsehbar sein. Das Rathaus muss als eine Art „Begegnungsstätte“ ein offenes Haus für Bürger sein (wie es in anderen Städten wie z.B. in Nürtingen schon der Fall ist). Ratsfraktionen und andere Gruppierungen müssen die Möglichkeit haben, Bürger zu Veranstaltungen ins Rathaus einzuladen.

3. Bürgerbeteiligung

Stärkung der Bezirksräte mit deutlicher Anhebung des Budgets und Einführung neuer, intensiverer Partizipationsmodelle (Beispiel Karlsruhe). Die Zeit isolierter Großprojekte ist vorbei. Die Zukunft Braunschweigs liegt daher (auch aus finanziellen Gründen) in der Entwicklung der Lebensqualität in den Quartieren. Die Bürger müssen dabei mitgenommen werden. Gerade Bezirksräte stehen im engen Kontakt zur lokalen Bevölkerung. Ihnen sind wesentlich mehr Kompetenzen und finanzielle Mittel zur Gestaltung der Stadtteile zu übertragen. Bezirkliche Empfehlungen/Beschlüsse zu ignorieren muss für übergeordnete Gremien (Ausschüsse, Rat) wesentlich schwerer werden als bisher. Um die Partizipation anzukurbeln sollte die Gründung von Bürgerforen/-vereinen unterstützt werden. Weitere Zielgruppen sind junge Menschen, BürgerInnen mit Migrationshintergrund sowie Studierende. Wir verstehen die Rolle des Oberbürgermeisters nicht als die eines quasi-diktatorischen Entscheiders, sondern als Vermittler zwischen den verschiedenen Bürgerinteressen. Gleiches gilt für den Stadtrat und die städtischen Institutionen wie zum Beispiel das Stadtmarketing und das Kulturinstitut, von denen wir weniger eigene Projekte, sondern mehr Unterstützung für schon vorhandene Initiativen und Gruppen wünschen.

4. Braunschweig und die Region

Vordringlich ist in den kommenden Jahren die stärkere Einbindung Braunschweigs in die Region. Der erste und wichtigste Schritt, der ein Zusammenwachsen der Region beschleunigt, ist ein gut ausgebauter und kurz getakteter öffentlicher Nahverkehr, mit einem S-Bahn-Netz, das die wichtigsten Zentren der Region untereinander und mit dem Umland verbindet. 15 Jahre Stagnation bei der Einführung der Regiobahn sind nicht nachvollziehbar und erfordern die Professionalisierung der Strukturen und des Managements. Das Zusammenwachsen der Region funktioniert allerdings nur bei Verzicht auf Kirchturmpolitik (Angst Einwohner ans Umland zu verlieren, mit der Folge eines geringeren kommunalen Finanzausgleichs) und Eitelkeiten (ein Reich mit vielen kleinen Königen, von denen dann noch einer der größte sein will). Langfristig sind gemeinsame Verwaltungsstrukturen unabdingbar (Die Region Hannover macht es vor).

5. Rekommunalisierung

Ebenso wichtig ist die Vorbereitung der Rekommunalisierung der Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Fast alle in Braunschweig mit Macht vorangetriebenen Privatisierungen haben sich als Flop erwiesen:- Die Müllgebühren sind in BS fast dreimal so hoch wie im kommunal organisierten Wolfsburg.- An den privatisierten Ampeln mit z.T. kaum nachvollziehbaren Schaltungen steht man länger im Stau als früher. Die Reaktionen auf vorhersehbare Ereignisse wie längerfristige Autobahnbaustellen (z.B. A 398) sind mehr als unflexibel.- BS-Energy verzockte sich auf Kosten der Gebührenzahler und der Stadt Braunschweig an Strombörse mit der Folge von Gewinneinbußen für Braunschweig von fast 50 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Der OB als unser Vertreter ist Mitglied

im Aufsichtsrat. Einblick in die Verträge bekommt man nicht, weil angeblich Firmengeheimnis, d.h. jede Kontrolle (z.B. durch den Rat) wurde aus der Hand gegeben. Fernwärme ist in Braunschweig 30% teurer als in Hannover.- Von Veolia müssen wir in ca. 20 Jahren die Abwasserkanäle für ca. 320 Mio. Euro zurück kaufen. Dafür sind noch keine Rücklagen gebildet.- Für die Schul-PPP müssen wir ab dem nächsten Jahr 15 Mio. Euro/Jahr an Hochtief berappen. Bei Bedarf an Zusatzleistungen haben wir kaum die Möglichkeit einen anderen Bewerber auszuwählen. Für Braunschweig muss erarbeitet werden, welche Möglichkeiten es gibt, eine mittel- bis langfristige Strategie zur Rekommunalisierung zu planen. Beispiele aus anderen Städten, wie z.B. Berlin und Hamburg, wo Bürgerbefragungen zu dem Thema durchgeführt wurden, können hier als Vorbild dienen.

6. Abbau der Defizite des Flughafens BS-WOB

Der Flughafen Braunschweig- Wolfsburg ist unwirtschaftlich. Seit dem Jahr 2003 sind die Defizite des Flughafens von jährlich 1 Mio Euro (2003) auf inzwischen 3,2 Mio. Euro (2012) gestiegen (Anteil Braunschweig 1,6 Mio.). Die EU stellt nun die Rentabilität von Regionalflughäfen in Frage und wird die Förderung in den nächsten 10 Jahren auslaufen lassen. Auf diese Situation hat sich die Stadt Braunschweig als Mehrheitsgesellschafter einzustellen. Die BürgerInnen dürfen bei der weiteren Entwicklung des Flughafens nicht wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Ganz dringend ist auch hier Transparenz notwendig: Wir fordern Aufklärung darüber, welche Möglichkeiten bestehen, neue Geschäftsfelder zu eröffnen. Cargo/Fracht oder Passagierflüge? Letztere werden bereits angeboten.

7. Bezahlbarer Wohnraum

Es fehlt ein tragfähiges Konzept für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Braunschweig. Momentan zeichnet sich ab, dass vor allem ältere solvente Paare in die bevorzugten innerstädtischen Wohnlagen drängen. Dort explodieren die Preise. Folge: Familien mit Kindern sowie junge Paare selbst in gesicherten finanziellen Verhältnissen werden an den Stadtrand verdrängt. Die Innenstadtwohnlagen drohen zu vergreisen. Dem Bedarf an bezahlbaren Wohnraum haben die Stadtoberen entgegengewirkt, indem man über die städtische Wohnungsbaugenossenschaft NiWo 1000 Wohnungen verkauft hat. Damit wurden „wichtige öffentliche Steuerungsmöglichkeiten in der Wohnraumversorgung aus der Hand gegeben“ (Deutscher Städtetag 2013). Nun werden nach einem Gutachten 100 ha für Wohnungsbau benötigt, um den Bedarf zu decken. Die Reserveflächen im Stadtgebiet sind begrenzt. Der selbstverschuldete Wohnungsbedarf darf nun nicht dazu führen, dass „auf Teufel komm ´raus“ auch minderwertiges Bauland ausgewiesen wird. Eine Tendenz, z.B. im Norden in Waggum zu beobachten - vor den Hörsten. Bebauung sehr grundwassernaher Standorte mit Naherholungsfunktion (technisch durch Aufschüttung alles machbar – aber muss das sein?) ohne schlüssiges Verkehrskonzept und ausreichend Kita-Plätze im Umfeld. Vielmehr muss darauf geachtet werden, dass Baugenossenschaften ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Luxus-sanierungen durch Baugenossenschaften mit Wohnungspreisen von ca. 500 Tausend Euro (z.B. Ferdinandbrücke) sind nicht tolerierbar. Die Neuausweisung von Baugebieten mit Wohnungsbau ist grundsätzlich an Schaffung bezahlbaren Wohnraumes zu knüpfen.

8. Umwelt- und Naturschutz

Braunschweig hat eklatant großen Nachholbedarf im Bereich Umwelt- und Naturschutz: Während die Bauverwaltung personell „ohne Ende“ aufgestockt wurde und trotzdem vor Arbeit nicht aus den Augen gucken kann, wurde der durch intensive Bautätigkeit ebenso geforderter Bereich Umwelt- und

Naturschutz in Braunschweig in den letzten 13 Jahren sträflich vernachlässigt. Das Umweltamt muss mit einem halben Biologen auskommen (zum Vergleich: Helmstedt 4 BiologInnen, Wolfenbüttel 3 BiologInnen), es fehlen Fachleute z.B. für die Beurteilung von Bodenbelastungen. Die erforderlichen naturschutzfachlichen Erhebungen beschränken sich auf das Allernötigste und werden oft nicht im fachlich sinnvollen Umfang sowie in der richtigen Jahreszeit durchgeführt. Dieser Qualitätsverzicht wird mit Zeit- und Personalmangel begründet. Der Landschaftsrahmenplan für Braunschweig stammt von 1999 und ist damit völlig überholt. Wir unterstützen und fördern die Umgestaltung von Braunschweig in einer so genannten "Zero-Waste"-Stadt, in der Müll größtenteils vermieden wird. Eine Vorreiterrolle in der nachhaltigen Umweltplanung trägt auch zur Lebensqualität der Bewohner bei.

9. Biodiversitätsstrategie

Es fehlt eine Biodiversitätsstrategie: Per Ratsbeschluss ist Braunschweig 2013 Mitglied im Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“ geworden (<http://www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de/70.html>). Die Umsetzung lässt auf sich warten. Entgegen landläufiger Meinung ist der Verdichtungsraum Stadt keine biologische Wüste, sondern im Gegenteil, die Stadt bietet aufgrund ihres sehr kleinräumigen Musters an Boden- und Klimaverhältnissen, Vertikalstrukturen und neu entstandenen Habitaten (z.B. Industriebrachen) ein immenses Spektrum an Lebensräumen. Das Motto „Artenvielfalt ist Lebensqualität“ fasst den Effekt einer Biodiversitätsstrategie treffend zusammen, dennoch sind Bemühungen um „Biologische Vielfalt“ nicht als Spielwiese verschrobener Naturschützer zu sehen, sondern stellen ein ganzheitliches Konzept mit Zielvorstellungen zum Umgang mit biotischen Ressourcen in einem Gemeinwesen dar: Dies erstreckt sich neben der Tier- und Pflanzenartenvielfalt, auf Klimaschutz und (Trink-/Abwasser)Wasserhaushalt, Energie-erzeugung, Flächenverbrauch/-versiegelung, beinhaltet sozioökonomische Effekte bis hin zu kulturellen und wirtschaftlichen Aspekten und umfasst z.B. Innenhof-/Fasadengestaltung; Kleingärten, Grünflächenpflege, Schaffung von Klimaausgleichsräumen, Naturerlebnissräume, Auswahl standortgerechter Bepflanzung, Erhalt alter Nutzpflanzensorten, Gestaltung des Verkehrsbegleitgrüns; Gestaltung von Hochwasserretentionsräumen etc. http://www.umweltzentrum-braunschweig.de/uploads/media/Die_Stadt_als_Habitat_01.pdf. Andere Städte sind hier schon viel weiter als Braunschweig: Hannover beispielsweise ist Bundeshauptstadt der Biodiversität; viele Kommunen unterziehen sich Öko-Audit-Verfahren der EU (EMAS-Zertifizierung). Davon ist Braunschweig Lichtjahre entfernt. Um der Stadt diesbezüglich auf die Sprünge zu helfen, hat sich inzwischen unter dem Dach des BUND ein „Braunschweiger Bündnis für biologische Vielfalt“ gegründet.

10. Altlasten

Im Umweltbereich fehlt ein Konzept zum Umgang mit den Altlasten in Braunschweiger Böden: Braunschweig hat ein erhebliches Problem mit der Belastung von Böden mit Schadstoffen. Einzelne Beispiele: Im Bereich der Theodor-Heuss-Straße befindet sich eine Riesenblase polyzyklischer aromatischer Kohlenstoffe (PAK) aus einer ehemaligen Teerfabrik. Wenn diese Blase die Oker erreicht: eine Katastrophe. Hohe Tetrachlorethan- und Trichlorethenbelastungen (und andere Chlorderivate) sind in Braunschweig nicht selten: Wir finden sie am Madamenweg, in Wenden (hohe Konz. an Trichlorethen), im Heidberg und in Harxbüttel – dort heißt es auch, dass diese Stoffe „in großen Mengen in der Bodenluft nachgewiesen werden“. Das ganze Gebiet Hamburger Straße, Schützenplatz, Ludwigstraße, Mittelweg ist verseucht – Brunnen dürfen nicht benutzt werden –

genau dort, wo im Vorzeigeprojekt Nordstadt („Caspariviertel“) im großen Stil innenstadtnaher Wohnraum erschlossen werden soll. Bisherige Strategie der Stadt: Das Problem kleinreden und hoffen, dass nichts passiert. So geschehen an der Ludwigstraße. Auf eine Anfrage der BIBS im Mai 2012 wegen Überschreitung der Grenzwerte von Tetrachlorethan und Trichlorethen im Grundwasser, z.T. um das 100fache, antwortete die Stadt im Juni: „Eine Gefährdung von Menschen wird nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht befürchtet.“ Nur 8 Monate später (Februar 2013) gelangte Trichlorethen aus dem Grundwasser ins Mauerwerk und schließlich in die Raumluft der dort ansässigen Lebenshilfe – sie musste geschlossen und evakuiert werden. Ein solcher Vorfall kann sich jederzeit irgendwo in der Stadt wiederholen. Die Konsequenzen müssen gezogen werden. Die Stadt braucht ein Programm zur Sanierung belasteter Böden. Zudem gibt es Verfahren verseuchte Böden mit PAK-abbauenden Bakterien zu beimpfen und dadurch längerfristig zu sanieren. Diese Verfahren sind in Braunschweig bisher noch nicht einmal probeweise durchgeführt worden.

11. Klimaschutz

Fortschreibung und Intensivierung der Klimaschutzbemühungen: Braunschweig hat ein Klimaschutzprogramm und einen Klimaschutzmanager. Das ist positiv. Im Einzelnen sind die Klimaschutzbemühungen, die sich augenblicklich sehr stark auf technische Aspekte beschränken (z.B. klimagerechte Gebäudesanierung), jedoch noch erheblich zu erweitern, z.B. durch- verstärkte Eigenkontrolle des Stadtklimas durch Anschaffung weiterer Messcontainer (bisher nur zwei: Broitzem, Altewiekring) und mobiler Messeinrichtungen für den Einsatz an temporären Brennpunkten (z.B. Baustellen)- Schaffung geeigneter Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge (z.Z. ganze vier Ladestationen). Es fehlt bisher völlig die Integration biotischer Komponenten in das Klimaschutzprogramm, also Baum- und Waldschutz, Trinkwasserreservoir, Gewässerschutz, Bodenschutz. Die Stadt Salzburg prägt den Begriff „Strategische Begrünung urbaner Bereiche“. Dies erfordert wirksamen Baumschutz (nicht nur im öffentlichen Bereich), da gerade ältere Bäume klimawirksam sind. Eine Baumschutzsatzung ist somit eigentlich ein selbstverständlicher Bestandteil eines effektiven Klimaschutzprogramms. Erforderlich ist darüber hinaus eine Strukturanalyse, die Wirkungszusammenhänge zwischen städtischen Vegetationsstrukturen, Gebäuden, versiegelten Flächen und mikroklimatischen Bedingungen herstellt, von der ausgehend Klimaeffekte modelliert werden können. Im Klimaschutzprogramm fehlt ebenfalls die Ernährung als Klimaschutzfaktor: Der grüne Vorschlag eines fleischlosen Tages in öffentlichen Kantinen ging schon in die richtige Richtung: Pflanzlicher Nahrung ist klimafreundlicher als Fleisch- und Milchprodukte. Fleischverzicht ist aktiver Klimaschutz: Die Stadt muss diesbezüglich informieren und Angebote unterbreiten. Wir unterstützen daher vegetarische/vegane Aktionen in Braunschweig wie den Tierrechtslauf und den veganen Weihnachtsmarkt.

12. Atomare Anlagen in Braunschweig

Das Braunschweiger Land soll die gesamte Last der „Entsorgung“ für den nicht wärmeentwickelnden Atommüll Deutschlands tragen. Asse, Morsleben, Konrad - aber auch die Nuklearbetriebe im nördlichsten Stadt-Bezirk Wenden-Thune-Harxbüttel am Mittellandkanal sind Teil dieser Gesamtthematik. Die inzwischen bekannten und auch die noch nicht ermittelten Sicherheitsmängel und Risiken – die Asse verdeutlicht hier im Besonderen die Problematik - soll die Bevölkerung unserer Region tragen. Unser Trinkwasser, unsere landwirtschaftlichen Produkte, unsere Atemluft - alle Pfade der möglichen Aufnahme radioaktiver Nuklide oder Strahlung, die extrem hohen Belastungen bei den erforderlichen Transporten, mögliche Unfälle oder Störfälle in den Betrieben spielen eine Rolle! Die

Region Braunschweig muss sich klar machen, dass alle Orte, an denen in Deutschland Atommüll lagert, diesen so schnell wie möglich loswerden wollen. Da Schacht Konrad hierfür vor über 20 Jahren ausgewählt wurde, lockt dieses bundesweit einzige genehmigte Endlager natürlich potentielle Entsorger an. Transporte und Zwischenlagerung können vor Ort Kosten minimieren, obendrein gibt es keine nicht mit den Atomstromerzeugern verhandelten privatwirtschaftlichen „Entsorger“. Und so kommt die Aktiengesellschaft Eckert & Ziegler ins Spiel: 2009 übernimmt sie die Entsorgungssparte der ansässigen Nuklearbetriebe und kauft 16.000 m² benachbartes Ackerland, führt vertrauliche Gespräche im Rathaus, stellt einen Bauantrag. Erst der neu gewählte Rat der Stadt stoppt 2011 die geheimen Pläne zur Errichtung eines internationalen Zentrums für die Bearbeitung, Freimessung und Konditionierung radioaktiver Abfälle und erlässt einen Aufstellungsbeschluss zur Änderung des 35 Jahre alten Planungsrechts. In den folgenden zwei Jahren werden viele Lügen und Vertuschungen aufgedeckt: Kernbrennstoffe, die vorher nie existierten, illegale Zwischenlagerung, erschreckend hohe Genehmigungen, Torgefahr und Probleme im firmeneigenen Lager Leese am Steinhuder Meer, die zwingende Notwendigkeit, Strahlenrisiken im Bebauungsplan zu betrachten...Auch der aktuelle Stresstest 2 des Bundesumweltministeriums, in dem im besonderen gefordert wird, den Standort Braunschweig EZ genauer zu bewerten, blieb bis heute ohne Konsequenzen. Wie will der Rat als gesetzgebendes Gremium über die Frage entscheiden, ob der Firmenstandort mitten im Wohngebiet, neben einem Schulzentrum, Kinder- u. Jugendeinrichtungen grundsätzlich weiter bestehen darf? Wie weit geht Bestandsschutz, wenn eine hohe Gefährdung besteht? Wird eine unabhängige Bewertung (und damit nicht eine Bewertung des GAA) als Abwägungskriterium ermöglicht? Zurzeit findet leider nur das übliche Spiel statt: keine Erweiterung = Verlust aller Arbeitsplätze. Das ist durchschaubar und profan, aber wohl nur ein kleines Thema neben dem viel größeren Thema, ob die Stadt Braunschweig weiterhin bereit ist, als „Atommüllbetrieb und -lager“ Deutschlands klaglos zu dienen. Der Bund hat große Entsorgungsdefizite! Das ist unbenommen. Aber müssen diese mitten im Wohngebiet auf billigste Art gelöst werden? Kann der Rat akzeptieren, dass der entstehende Atommüllumschlagplatz im Norden der Stadt Tür-Öffner für Schacht Konrad wird? Der neue Oberbürgermeister ist Chef einer kompetenten Verwaltung, die entsprechend der vorgegebenen Richtung agieren kann. Quo vadis, Braunschweig?

ALTERNATIVE:

Das Industriegebiet „Harxbüttelerstraße/Gieselweg“ in Thune, liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohnbevölkerung, Schulen, Kita und demnächst auch einem Jugendzentrum. Die dort ansässige Firma Eckert & Ziegler verfügt über enorm hohe Umgangsgenehmigungen für radioaktive Materialien, denen eines Kernkraftwerkes vergleichbar. Tatsächlich ist die gemessene Direktstrahlung am Zaun des Geländes sogar höher als an den meisten AKWs. Durch die massiven Erweiterungsbestrebungen der Firma kam es zu Protesten der Bevölkerung und daraufhin zu einer Neuaufnahme des Bebauungsplanverfahrens. Der Rat der Stadt muss nun mit der neuen Planung ein klares Ziel für die Zukunft des Stadtbezirkes vorgeben. Eine Erweiterung des Industriegebietes wird zu andauernden Konflikten mit der umliegenden Wohnbebauung führen. Diese sollte bei der Planung bevorzugt, die Industriebetriebe auf den Bestand beschränkt werden. Generell gehören atomare Anlagen in den „Außenbezirk“, d.h. sie müssen mindesten einen Kilometer Abstand zur Wohnbebauung haben. Voraussetzung für eine sinnvolle Planung sind zum einen eine genaue Überprüfung aller Gebäude und deren Nutzungen auf dem Gelände, damit keinen illegalen Nutzungen (z.B. das illegale Containerlager) durch den neuen Bebauungsplan quasi legalisiert werden. Zum anderen muss es eine neutrale gutachterliche Beurteilung des Standortes geben, bei der von einer Ausschöpfung aller vorhandenen Umgangsgenehmigungen auszugehen ist. Zu

betrachten wäre hier u.a. die Störfallproblematik, besonders auch im Hinblick auf den Flughafen. Notwendig ist auch die Durchführung einer Studie zur Transportsicherheit, wie sie der Rat für den Umschlagplatz Bahnhof Beddingen auf Braunschweiger Stadtgebiet beschlossen hat. Aufgrund dieser Gutachten müssen der Rat der Stadt und die Verwaltung einen Bebauungsplan erstellen, der eine Entwicklung des Industriegebietes zur Atommülldeponie Deutschlands verhindert. Die Geschäftsleitung der Firma Eckert & Ziegler macht außerhalb Braunschweigs kein Geheimnis daraus, dass dies ihr Ziel ist. In den Bereichen der Umgangsgenehmigungen ist zwar das Land Niedersachsen in der Pflicht, die Stadt darf aber die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht einfach aus der Hand geben. Die momentan bekannt gewordene Strategie der drei „großen“ Ratsfraktionen scheint doch eher eine Vorbereitung für ein Zwischenlager zu sein und dient den Interessen der Landesregierung, nicht denen der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger. Die Entwicklung in Thune ist eng verknüpft mit der Zukunft von Schacht Konrad. Herr Eckert betont, er hätte die Lizenz, Konradcontainer zu befüllen. Wenn wir in Braunschweig ein Zwischenlager zulassen, erhöhen wir den Druck für die Inbetriebnahme von Konrad. In Thune werden sich irgendwann so viele Container stapeln, dass eine Einlagerung in Konrad als die einfachste Lösung für die Probleme der Menschen in Braunschweig verkauft wird.

13. Förderung der alternativen Kulturszene

Braunschweig braucht mehr Raum für Kreativität, Frei- und Querdenker. Wir haben hier eine ausgesprochen lebendige Kleinkunst- und Musikszene, die (im Vergleich zur hervorragend geförderten etablierten Kultur) bisher mit ein paar Krümeln vom Kuchen städtischer Förderungen bedacht werden. Mit der HBK hat man ein Pfund in der Stadt, mit dem man bisher kaum wuchert. Warum gibt es keine Kleinkunstpreise, warum werden lokale Künstlergruppen nicht in die Gestaltung von Plätzen und öffentlichen Gebäuden mit einbezogen? Es gibt viele weitere Ideen (s. Schadtstkiste; <http://kufa.ev-bs.de/konzepte-ideen/65-ideen/>) mehr kreative Unruhe und Unordnung zulassen. Das gilt auch für die Verwaltung, in der sich unterhalb der hoffmannisierten Dezernentenriege angesichts der autoritären Strukturen niemand mehr aus der Deckung traut.

14. Soziokulturelles Zentrum

Ein neues FBZ (soziokulturelles Zentrum) in zentraler Lage und freier Trägerschaft: Nach fast einjähriger Diskussion mit Moderation und Besichtigung von Alternativstandorten kristallisiert sich immer mehr heraus: Der innenstadtnahe Standort des alten FBZ an der Nimesstraße war ideal. Richtig und konsequent wäre ein auf den vorhandenen Strukturen basierender Neubau am alten Standort gewesen. Stattdessen entsteht dort ein Möchtegern-Luxushotel (4 Sterne Superior). Dies zeigt, welche Prioritäten in der Stadt gesetzt werden: Kapital statt Jugend, Jugend wird nicht als Kapital der Zukunft gesehen. Vorhandene Ressourcen wurden leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Nun kommt das „soziokulturelle Zentrum“ entweder gar nicht, oder ganz weit draußen oder es muss wieder viel Geld in die Hand genommen werden, um zentrumsnahe neu zu bauen. Ein Paradigmenwechsel mit anderer Prioritätensetzung im Rathaus ist angesagt.

15. Kita-Kapazitäten

Ein Konzept zur Sicherung der gesetzlich erforderlichen Kita-Kapazitäten inkl. der Erarbeitung von Qualitätsrichtlinien und vor allem -zielen: Rechtzeitig zur Kommunalwahl hat der OB 2011 die Kita-Gebühren abgeschafft. Das kostet die Stadt jährlich ca. 5 Mio. Euro. Schon damals haben politische Kräfte gefordert, statt der Befreiung die Qualität der Kita-Betreuung anzuheben (und damit auch die

Quantität im Sinne der Bereitstellung der erforderlichen Zahl an Kita-Plätzen). Die Tatsache, dass nur 1,5 Jahre nach der Befreiung vom OB selbst an eine Wiedereinführung der Gebühren gedacht wird, kennzeichnet das Ganze als Effekthascherei, ist aber kein Zeichen für eine nachhaltige, sorgsam abgewogene Politik mit langfristigen Zielsetzungen. Die Wiedereinführung der Gebühren muss in einer sozialverträglichen Staffellung mit Beiträgen je nach finanzieller Leistungsfähigkeit erfolgen.

16. Innenstadtentwicklung

Ein Konzept für die Innenstadtentwicklung insbesondere mit ethischen Anforderungen an sich dort ansiedelnde Handelsketten (mehr Qualität statt Quantität): Der OB freute sich kürzlich über die Ansiedlung des Billigklamottenherstellers Primark im City-Point. Primark gehört aber zu den Modeketten, die in dem eingestürzten Fabrikgebäude in Bangladesh mit ca. 1000 Toten produziert haben (Tragödie in Bangladesh belastet Primark, FAZ 26.04.2013). Es stellt sich die Frage, welche Geschäfte wollen wir hier haben und welche nicht? Ein Zentrenkonzept, dass sich nur auf Sortimentsvorgaben beschränkt, greift zu kurz. Es sollten auch ethische Kriterien bei der Auswahl der Unternehmen, die wir bei uns ansiedeln, berücksichtigt werden. Die Stadt ist nicht nur ein Ort zum shoppen, sondern auch Lebensraum der Bewohner. Bei der Gestaltung der Innenstadt sollte daher auch die Kultur und Umwelt im Mittelpunkt stehen. Hierfür bedarf es eines Stadtentwicklungskonzeptes, an dem möglichst viele unterschiedliche Gruppen beteiligt werden und nicht nur die ortsansässigen Händler.

17. Öffentlicher Nahverkehr

Eine Modernisierung des ÖPNV-Konzeptes inkl. Ausbau des Stadtbahnnetzes. Mit der Diskussion um die Stadtbahnverlängerung nach Volkmarode, ist die Diskussion um ein Gesamtkonzept endlich wieder in Gang gekommen. Die Stadt-Bahn ist nach wie vor das umweltfreundlichste und (bei eigenem Gleiskörper) schnellste Verkehrsmittel. Im Busverkehr muss die Zukunft Elektrobussen gehören (Versuche mit Elektrobussen mit Induktionsaufladung sind offenbar geplant). Andere Städte (z.B. Berlin) setzen mehr auf den wartungsärmeren und für Zugmaschinen alltagstauglicheren Wasserstoffantrieb. Strukturell hat Braunschweig den unschätzbaren Vorteil einer nahezu konzentrischen Form. Dies bietet sich für eine spinnennetzartige Struktur der Linienführung an mit 1-3 „Circle Lines“ (innerer Ring Güldenstraße, Lange Straße, Bohlweg, Bruchtorall, Elektrofahrzeuge; äußerer Ring: Cyriaksring; Neustadtring, Rebenring, Altewiek-Ring, Kurt Schumacherstrasse, Frankfurterstrasse), die im Kurztakt immer im Kreis fahren sowie Radiallinien von der Innenstadt in die Vorstadtviertel, mit wichtigen Kreuzungen als Umsteigeknotenpunkte. Dies würde die Linienführung vereinfachen und Querverbindungen im Netz erleichtern. (Eine 3. Zirkellinie wäre vorstellbar: Schunteraue, Veltenhof, Watenbüttel, Kanzlerfeld, Lamme, Lehdorf, Weststadt, Broitzem, Rüningen, Heidberg-Melverode, Südstadt, Rautheim, Riddagshauen, Querum, Schunteraue). Kurzgetaktete Shuttleanbindung vom Hauptbahnhof in die Innenstadt: Der Bahnhof braucht (insbesondere, wenn die bauliche Aufwertung des Bahnhofsviertels einmal abgeschlossen ist) eine schnelle Verbindung in die Innenstadt im 5-Minutentakt, möglichst kostenfrei mit Elektrofahrzeugen (ggf. vorhandene Stadtbahnlinie nutzbar). Es ist für einen Neuankömmling unzumutbar und verstärkt den provinziellen Eindruck, wenn er sich erst einmal mit dem ÖPNV-System in Braunschweig vertraut machen muss und – ggf. beladen mit Gepäck herausfinden muss – welche Bus- oder Bahnlinie fährt ins Zentrum (Bohlweg, Rathaus). Beim Verlassen des Bahnhofsgebäudes muss der Neuankömmling praktisch automatisch in das bereitstehende Shuttle-Fahrzeug zur Innenstadt (ggf. an gesonderter Haltestelle) „hin-einfallen“. ICE-Anbindung: Erhalt bzw.

Verbesserung der ICE-Anbindung Braunschweigs für eine Zukunftsentwicklung unabdingbar: Jüngsten Meldungen zufolge soll Braunschweig durch den Neubau der ICE-Strecke Berlin – München via Erfurt vom ICE-Netz weitgehend abgehängt werden. Will Braunschweig weiterhin als Stadt „in der Bundesliga spielen“ ist die Erreichbarkeit und Anbindung der Stadt an wesentliche Verkehrswege (Schiene, Straße) essentiell. Der alte wie neue OB müssen sich daher mit aller Autorität dafür einsetzen, dass sich die ICE-Anbindung Braunschweigs nicht verschlechtert.

18. Sicherung von Kleingarten- und Grabeland

Ein Konzept zur Sicherung von Kleingarten- und Grabelandflächen und ihre Integration in das Netz städtischer Grünflächen: Aus demographischen Gründen haben viele Kleingartenvereine Nachwuchssorgen und ein Teil der Parzellen kann nicht mehr bewirtschaftet werden. Als Folge ist zunehmend zu beobachten, dass Kleingartenflächen quasi als „Steinbruch“ für Bauvorhaben dienen und überplant werden (jüngstes Beispiel: Kleingartenverein Neu-Richmond). Kleingärten haben jedoch eine herausragende Bedeutung als Naherholungsflächen für Bürger aus Stadtwohnungen ohne eigenen Garten. Sie fördern Naturnähe und das bessere Verständnis natürlicher Kreisläufe und tragen erheblich zur innerstädtischen Klimaverbesserung bei. Dabei fördern sie die Vielfalt von Tieren und Pflanzen. Besonders wertvoll sind die sozialen Funktionen, auch für ausländische Mitbürger (internationaler Garten, Garten ohne Grenzen, Tafelgärten). Es fehlt ein Konzept, das genau diese gesamtgesellschaftlichen Funktionen würdigt, mit der geeigneten Förderung versieht und damit den Kleingartenbestand schützt, in dem z.B. Teilbereiche von Kleingärten als öffentliche Grünflächen allgemein zugänglich werden sowie junge Familien für das Erlebnis „Selbstversorgung“ mit eigenem Obst und Gemüse gewonnen werden („urban gardening“).

19. Bürgermeister für den Frieden - Mayors for peace

Seit Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts sind die Braunschweiger Oberbürgermeister „Mayor for peace“. Erwartet wird, daß in Zukunft dieses Prädikat konzeptionell mit Leben erfüllt wird. Dazu gehört:

- Engagement in der weltweiten Bewegung unter Einbeziehung Braunschweiger BürgerInnen und Organisationen, die sich seit Jahren engagieren, z. B. Friedensbündnis, Friedenszentrum u.a.;
- Friedensarbeit unter dem Motto „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“. Die Erkenntnisse der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) sind zu berücksichtigen;
- Friedensforschung, die nicht parteipolitischen Interessen folgt, bzw. Erwartungen bedient, sondern der Wahrheit verpflichtet ist. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist notwendig einzubeziehen.
- Braunschweiger Persönlichkeiten, die sich für die Arbeiterbewegung eingesetzt haben, sind sorgfältiger als bisher zu erforschen, zu würdigen und zu ehren. Auch diese Arbeit darf nicht aktuellen politischen Interessen untergeordnet werden;
- Ebenfalls in den 80er Jahren wurden ganze Straßenzüge/Stadtteile unter Einbeziehung der Anwohner als „atomwaffenfreie Zone“ deklariert. Diese brachliegende Arbeit muß wieder aufgegriffen, weiterentwickelt und mit Leben erfüllt werden.

"Bürgermeister für den Frieden" muß im Ergebnis bedeuten "Friedensstadt Braunschweig"!

20. Gedenkstättenkonzept der Stadt Braunschweig

Das Gedenkstättenkonzept der Stadt Braunschweig, in den 1990er Jahren unter breiter Beteiligung von Fachleuten und interessierten Bürgern entwickelt, wurde von 2002 an nur noch rudimentär umgesetzt. Stattdessen wurde das ganze Konzept ins Netz gestellt. Viele Gedenkpunkte, die an NS-Verbrechen und Kriegsoffer erinnern, blieben unbearbeitet. Da die Zeitzeugen bald vollständig verstorben sein werden, gewinnen die authentischen Orte des Geschehens immer mehr an Bedeutung. Vorrangig wäre eine Gedenktafel in der Nähe von Bohlweg 51 (hier stand bis zum Bombenangriff 1944 die Gestapozentrale). Wichtig wäre auch eine Gedenktafel in der Broitzemer Straße, wo bei einem Bombenangriff in einer Fabrik 72 Zwangsarbeiterinnen ums Leben kamen, weil sie nicht in den Keller durften. Hierher gehört auch das Erinnern und Gedenken an das Kindersterbehaus Broitzemer Straße, das Russenkrankenhaus Ekbertstraße sowie die Läger Kälberwiese, Frankfurterstraße und Hamburgerstraße und weitere.

21. Fair-Trade-Stadt Braunschweig

Die Stadtverwaltung trinkt nur noch fair gehandelten Kaffee, aber das reicht nicht: Notwendig wäre ein Laden für fair gehandelte Waren in zentraler Lage, am besten in einem städtischen Gebäude, so dass keine Miete anfällt. Es gibt einen „Eine-Welt-Laden“ in der Goslarschen Straße, der aber nur donnerstagabends geöffnet ist, was nicht sehr kundenfreundlich ist.

22. Bekämpfung von Kinderarmut

2010 wurden „Braunschweiger Leitlinien zur Prävention von Kinder- und Familienarmut und zur Linderung der Folgen“ und 2011 „Handlungsempfehlungen für die Prävention von Kinder- und Familienarmut und für den Umgang mit ihren Folgen in der Stadt Braunschweig“ vom Beirat des Präventionsnetzwerks vorgelegt. Seither ist nichts mehr von dem Papier zu hören oder zu lesen. Armut aber vor allem Kinderarmut in diesem reichen Land ist skandalös. So wertvoll diese vor Jahren geleistete Arbeit ist, so wertlos sind Absichtserklärungen. Eine Zwischenbilanz der bisherigen Erfolge ist zu ziehen, sofern es solche Erfolge gibt. Notwendig ist ein verbindliches Konzept, das Schritt für Schritt dazu beiträgt, Familien und damit Kinder aus dem Leben in Armut herauszuholen. Das darf nicht in Form von milden Gaben und/oder Spenden von Wohlhabenden geschehen, sondern muss einen Rechtsanspruch garantieren. Ein entsprechender Titel ist in den städtischen Haushalt einzustellen.

23. Verkehrskonzept für den Norden

Durch die Schließung der Grasseler Str. ist die zeitattraktive Direktverbindung weggefallen. Früher hat die Buslinie 413 Waggum und Bevenrode über Querum in akzeptablen Fahrtzeiten mit der Innenstadt verbunden. Jetzt versucht man, diese Verbindung durch aufwändiges Umfahren des Flughafens beizubehalten, es ist jedoch gefühlt eine halbe Weltreise. Die Wege Richtung Stadt haben sich jetzt (mangels Alternative) mit dem Fahrrad, und je nach Fahrtziel auch mit dem Auto, über die Bienroder Spange und von da aus Richtung Steinriedendamm und Bienroder Weg verlagert. Hier ist es dringend erforderlich, dass diese neue "Spur" von ÖPNV aufgegriffen wird und eine (zusätzliche) Busverbindung die Stadtteile Bevenrode, Waggum und Bienrode direkt über die Schuntersiedlung mit der Innenstadt verbindet. Die Beseitigung der Hauptverkehrsader Grasseler Straße hat die Stadtteile im Norden vor immense Verkehrsprobleme gestellt, über die einfach nicht mehr geredet wird. Für den Norden Braunschweigs ist ein Verkehrskonzept immens wichtig, es wird aber so gut wie

nicht mehr thematisiert. Um unter Umgehung der Stadtautobahn Richtung Innenstadt zu kommen, müssen die Verkehrsteilnehmer durch das Nadelöhr Waggum hindurch. Wie im Bezirksrat zu erfahren war, soll Waggum jetzt verkehrsberuhigt werden, um den Verkehr aus dem Ort rauszuhalten. Die sowieso schon mühevollen Durchfahrt soll noch weiter erschwert werden. Hier wurde in Ermangelung eines Verkehrskonzepts nicht zu Ende gedacht, da leider keine andere verkehrliche Alternative mehr existiert. Viel Verkehr fließt jetzt auch über Bechtsbüttel und von da auf die Stadtautobahn. Als beispielsweise die Ortsdurchfahrt Bechtsbüttel rund um die Herbstferien kürzlich vier Wochen gesperrt wurde, wurde deutlich sichtbar, wie angewiesen die BürgerInnen im Norden auf diese Verbindung durch den Nachbarkreis tatsächlich sind. Für den Norden Braunschweigs ist deshalb ein Verkehrskonzept dringend nötig.

Braunschweig, den 9. Dezember 2013